

BLICKPUNKT

DONNERSTAG, 28. NOVEMBER 2019

INTERVIEWS Gewerkschafter Hirschel und Bundestagsabgeordneter Franke über ihre SPD

Zwei Blicke auf eine zerrissene Partei

VON FLORIAN QUANZ

Samstag wird die SPD bekannt geben, welches Duo die Stichwahl um den Parteivorsitz gewonnen hat.

Die Entscheidung fällt zwischen Klara Geywitz und Olaf Scholz auf der einen Seite und Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auf der anderen Seite. Bundestagsabgeord-

neter Dr. Edgar Franke hofft auf einen Sieg von Geywitz/Scholz. Gewerkschaftssekretär Dr. Dierk Hirschel hat für Esken/Walter-Borjans gestimmt. Nicht nur die Personen-

präferenz, auch in der Frage, ob der Koalitionsvertrag nachverhandelt werden sollte, unterscheiden sich die Meinungen der beiden SPD-Mitglieder. Die unterschiedlichen An-

sichten der beiden Befragten zeigen, es ist eine schwierige Herausforderung, die gesamte Partei wieder zu einen. Genau vor dieser steht das künftige Führungsduo.

ZUR PERSON



Dr. Dierk Hirschel (49) ist Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales der Gewerkschaft ver.di. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Bremen und promovierte zu Ursachen hoher Einkommen in Lüneburg. 2003 bis 2010 war er DGB-Chefökonom. Seine gemeinsame Kandidatur mit Hilde Mattheis für den Parteivorsitz zog er zurück. Er wohnt in Berlin, ist nicht verheiratet und hat drei Kinder. Hirschel zählt zum linken Lager innerhalb der SPD.

FOTO: KAY HERSCHELMANN/NH

General-Abrechnung.



ZUR PERSON



Dr. Edgar Franke (59) ist im Schwalm-Eder Kreis geboren. Er studierte Politik- und Rechtswissenschaft und promovierte im Kommunalrecht. Er war Rektor an der Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung in Bad Hersfeld und Bürgermeister in Gudensberg, wo er auch lebt. Seit 2009 gehört er dem Bundestag an. Er ist zudem Opferbeauftragter der Bundesregierung. Franke ist verwitwet und hat zwei Töchter. Er ist Mitglied des konservativen Seehäuser Kreises innerhalb der SPD.

FOTO: PRIVAT/NH

„Koalitionsvertrag muss nachverhandelt werden“

Dierk Hirschel fordert zwölf Euro Mindestlohn

Hilde Mattheis und ich haben unsere Kandidatur zurückgezogen, um die Wahlchancen eines linken Kandidatenteams zu erhöhen. Nachdem Walter-Borjans und Esken die Stichwahl erreicht haben, ist klar, welches Team ich unterstützen werde. Die

beiden stehen für Zukunftsinvestitionen, kritisieren die Schwarze Null als Investitionsbremse, streiten für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente und sprechen sich gegen Rüstungsexporte in Krisenländer aus.

Das glaube ich schon. Innerparteilich war die Kandidatensuche ein Erfolg. Das Interesse war groß und die Konferenzsäle waren voll. Die Mitglieder haben intensiv über die Zukunft ihrer Partei diskutiert. Es steht der Partei gut zu Gesicht, wenn nach innen

und außen deutlich wird, für welchen Kurs die künftigen SPD-Vorsitzenden stehen werden. Schließlich geht es auch um eine politische Richtungsentscheidung. Das ist auf den Regionalkonferenzen deutlich geworden.

Ich möchte, dass wir jetzt kräftig in Klimaschutz, Schulen, Universitäten, in Kitas, Krankenhäuser, Digitalisierung und den öffentlichen Nahverkehr investieren. Das können wir aber nicht aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Wenn wir krampfhaft an Schwarzer Null und Schuldenbremse festhalten, dann versün-

digen wir uns gegenüber den kommenden Generationen. Jetzt ist es notwendig, Geld in die Hand zu nehmen, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Dafür müssen wir kurzfristig Schulden aufnehmen. Mittelfristig empfehle ich, höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen zu erheben.

Die Zeiten haben sich geändert. Der Koalitionsvertrag muss hinsichtlich der Klimapolitik, aber auch hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nachverhandelt werden. Wir brauchen Tarifverträge für alle in

Deutschland. Wir brauchen einen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro und wir brauchen einen Klimaschutz, der den Klimawandel bekämpft. Für all das müssen wir nachverhandeln.

Ein klares Ja. Die Agenda-Politik war ökonomisch und sozial schädlich. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, die Verhandlungsmacht von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften zu schwächen. Leiharbeit, Befristungen und Hartz IV sind gegen die Arbeitnehmer unseres Landes gerichtet.

Jetzt reparieren wir, was wir in den 2000er Jahren falsch gemacht haben. Aber Reparatur reicht nicht aus. Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Das wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir uns von dieser neoliberalen Erblast befreien.

Für wen haben Sie bei der Stichwahl gestimmt? Und warum?

Wird die SPD gestärkt aus der Kandidatensuche hervorgehen?

Sind Sie für die Abkehr von der Schwarzen Null oder wollen Sie wie Olaf Scholz daran festhalten? Also keine neuen Schulden?

Juso-Chef Kevin Kühnert fordert, die SPD müsse raus aus der „neoliberalen Pampa“. Muss die Partei sich ein für alle Mal von der Agenda-Politik Gerhard Schröders distanzieren?

Persönlich habe ich meine Stimme Olaf Scholz und Klara Geywitz gegeben. Olaf Scholz hat lange Zeit eine gute Politik in Hamburg gemacht, dort zwei Wahlen gewonnen und bezahlbaren Wohnraum zu einer Zeit geschaffen, wo dies noch kein großes Thema war. Zudem hat er in Hamburg den kostenlosen Kita-Besuch durchgesetzt. Auch als Bundesarbeitsminister hat er einen guten Job gemacht. Ich erinnere nur an die Aus-

weitung des Kurzarbeitergeldes in der Finanzkrise 2007. Das hat dem Land sehr geholfen. Mit ihm als Finanzminister werden wir die kleinen und mittleren Einkommen bis 2021 um 25 Milliarden Euro im Jahr entlasten.

Klara Geywitz steht für ein modernes Frauenbild und ist ein gutes Beispiel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um die wir in der Gesellschaft streiten müssen.

Ich bin mir sicher, das können nur Olaf Scholz und Klara Geywitz.

Ich war selbst lange Bürgermeister und weiß, dass es ein Wert an sich ist, wenn man eine ordentliche Haushaltsführung macht. Dazu gehört auch eine Schwarze Null als Ziel. In den nächsten Jahren werden wir hoffentlich keine Rezession bekommen, aber die Wirtschaft wird womöglich

nicht mehr so stark wachsen, wie noch vor ein paar Jahren. In dem Fall müssen wir schauen, wie wir dann antizyklische Politik machen. Schon Helmut Schmidt hat gesagt, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir gegensteuern. Momentan ist die Politik aber so richtig.

Das ist vollkommener Blödsinn. Der Koalitionsvertrag, so wie er jetzt vorliegt, ist gut. Wir haben viele sozialdemokratische Forderungen umsetzen können.

Die Agenda-Politik haben wir 2003 gemacht, als wir fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland hatten. Dies auf die heutige Politik und unsere jetzige Situation zu beziehen, halte ich für vollkommen falsch. Wir haben sicherlich die eine oder andere Stellschraube überdreht, wenn ich an den Niedriglohnsektor denke. Aber wir haben sozialpolitisch in der Großen

Anstatt nachzuverhandeln, müssen wir jetzt schauen, dass die Grundrente oder Ziele wie die Grundsicherung für Kinder auch tatsächlich umgesetzt werden.

Wir müssen als Partei politisch nach vorne schauen und uns nicht an Konzepten abarbeiten, die 16 Jahre zurückliegen! Denn nur wir Sozialdemokraten können sozialen Ausgleich, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Erneuerung gemeinsam erfolgreich gestalten.